

Protokoll

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am Mittwoch, 22. November 2023 im Großen Sitzungssaal, Marie-Wagenknecht-Str. 3, Hildesheim

Anwesend: Landrat Bernd Lynack sowie

Mitglieder der SPD-Fraktion

Arlt, Andreas
Brede, Christel
Bommersbach, Ludwig
Ehrig, Marc
Flohr, Simone
Gabel, Friedhelm
Hauk, Martin
Hillberg, Antonia
Hodur, Karl-Heinz
Homeister, Egbert
Kubat, Pascal
Preissner, Werner
Prell, Andrea
Schellhammer, Dietmar
Siekiera, Iris
Sundermeyer, Tobias
Vornkahl, Martin
Witt, Evelyn

Mitglieder der CDU-Fraktion

Bertram, Ute
Dr. Bruns, Thomas
Ceglarek, André
Flegel, Bernhard
Gerhardy, Clemens
Grabow, Thomas
Dr. Janzen, Constantin
Koschorrek, Andreas
Machtens, Heinrich
Prior, Friedhelm
Renner-Köhne, Katy
Schiedeck, Carsten
Spengler, Katharina
Teltemann, Josef

Mitglieder Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Diefenbach, Peter
Domning, Ekkehard
Kolan, Stefan
Lipecki, Nina
Loebel, Lutz
Ruddigkeit, Gabriele
Schröter-Mallohn, Holger
Dr. Schütte, Holger
Dr. Weber, Susanne

AfD-Fraktion

Esse, Manfred
Grugelke, Claus
Meyer, Hans Martin

Fraktion Die Unabhängigen

Offen, Klaus
Stuke, Josef
Wucherpennig, Melissa

FDP-Fraktion

Dr. Jacobs, Henrik

Fraktion DIE LINKE.

Sturm, Joachim
Walla, Fabian

Die PARTEI

Hirbod, Hamun

Einzelabgeordnete

Bosse-Arbogast, Michael
Konstantopoulos, Georgios

GUT für Sarstedt

Warneke, Dirk

Fraktionsgeschäftsführung

SPD-Fraktion - Frank Hasse
CDU-Fraktion - Christin Becker
AfD-Fraktion - Norbert Hüter
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schäfer
Die Unabhängigen - Anja Wucherpennig
FDP-Fraktion - Melanie Partyka
Fraktion DIE LINKE. - Fabian Walla

Verwaltung

Evelin Wißmann - Erste Kreisrätin
Walter Hansen - Kreisrat
Klaus Rosemann - Leitung Dezernat 1
Maik Hoffmann - Vertretung Leitung Dezernat 4

Ulrich Voß - Leitung Amt 910
Birgit Wilken - Pressestelle
Martin Otto - Leitung Amt 904
Kerstin Reuter - Amt 904, Protokollführung
Tanja Zimmermann - Amt 904

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls vom 21.09.2023
3. Einwohnerfragestunde
4. Aktuelle Stunde
5. Anregungen und Beschwerden gem. § 34 NKomVG
6. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages
7. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
8. Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim
- 8.1. Wohnraumprogramm und Wohnraum für Flüchtlinge
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 24.07.2023
 - Antrag 362/XIX
9. Bearbeitung von Ausländerangelegenheiten
 - Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 24.10.2023
 - Antrag 406/XIX
10. Antrag auf Zustimmung zu einer überplanmäßigen/außerplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung im Haushaltsjahr 2023 gemäß § 117 NKomVG
 - Vorlage 557/XIX
- 10.1 Antrag auf Zustimmung zu einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023;
 - Budget 10 - Amt für Schule und Kultur
 - Vorlage 563/XIX
11. Landkreisversammlung des Niedersächsischen Landkreistages
 - Vorlage 552/XIX
12. Mangelnde und zum Teil ungenügende Leistungsfähigkeit der Kreisverwaltung
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 18.07.2023
 - Antrag 359/XIX
- 12.1. Mangelnde und zum Teil ungenügende Leistungsfähigkeit der Kreisverwaltung
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2023
 - Antrag 436/XIX
13. Bürgerfreundliche und effektive Wahrnehmung von Aufgaben des Landkreises; Organisatorische und personelle Veränderungen in der Kreisverwaltung
 - Antrag 363/XIX
14. Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
- 14.1. Sanierungs- und Finanzbedarf der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
 - Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion die Unabhängigen vom 08.06.2023
 - Antrag 324/XIX
- 14.2. Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
 - Antrag der Fraktionen FDP und Unabhängige vom 28.06.2023
 - Antrag 348/XIX

15. Volkshochschule Hildesheim gGmbH
- 15.1. Volkshochschule Hildesheim gGmbH -
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.04.2023
- Antrag 310/XIX
- 15.2. Neuordnung der Volkshochschule Hildesheim gGmbH
- Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 09.08.2023
- Antrag 371/XIX
16. Veränderung der Beteiligung an der GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mbH
durch Aufnahme der Gemeinden Hohenhameln und Algermissen als neue
Gesellschafterinnen
- Vorlage 554/XIX
17. Bedarfsgerechte und bezahlbare Altenpflegeheime
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2023
- Antrag 378/XIX
- 17.1. Bedarfsgerechte und bezahlbare Altenpflegeheime - Beschlussvorschlag
Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2023
- Antrag 435/XIX
18. Tempo 30 km/h
- 18.1. Tempo 30 km/h vor der „Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionys“ in Hotteln (Kirchstraße 6,
31157 Sarstedt)
- Vorlage 490/XIX
- 18.2. Verkehrsrechtliche Anordnungen im Bereich der Gemeinde Holle, Ortschaft Grasdorf -
Antrag der CDU-Fraktion vom 31.03.2023
- Antrag 298/XIX
- 18.3. Tempo 30 km/h vor der "Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionys" in Hotteln
- Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 10.07.2023
- Antrag 357/XIX
- 18.4. Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der L 410 in Hotteln vor der Kindertagesstätte
St. Dionys und dem Kinderspielplatz
- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.07.2023
- Antrag 358/XIX
- 18.5. Änderungsantrag zu 357/XIX - Tempo 30 km/h vor der "Ev.-luth. Kindertagesstätte St.
Dionys" in Hotteln
Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Unabhängigen vom 04.09.2023
- Antrag 379/XIX
- 18.6. Tempo 30km/h vor der "Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionysos
- Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 26.09.2023
- Antrag 396/XIX
- 18.7. Tempo 30km/h vor der "Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionysos in Hotteln auf der Hottelner
Straße (L410)
- Antrag der Gruppe, der CDU, der FDP und der Unabhängigen vom 09.10.2023
- Antrag 401/XIX
- 18.8. Tempo 30 km/h vor der Kindertagesstätte St. Cosmas und Damian, der Joseph-Müller-
Grundschule und der AWO-Tagespflegeeinrichtung auf der B243 in Groß Dungen
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.09.2023
- Antrag 382/XIX
- 18.9. Tempo 30 km/h vor der Kindertagesstätte St. Cosmas u. Damian auf der B243 Groß Dungen
- Antrag der Gruppe vom 28.09.2023
- Antrag 397/XIX

- 18.10. Tempo 30 km/h vor der Kindertagesstätte St. Cosmas und Damian, der Joseph-Müller-Grundschule, der Sporthalle Groß Dungen und der AWO-Tagespflegeeinrichtung auf der B243 Groß Dungen
 - Antrag der Gruppe, der CDU, der FDP und der Unabhängigen vom 09.10.2023
 - Antrag 400/XIX
19. Schuleingangsuntersuchung und Auswertung der Fragebögen zur psychosozialen Belastung während der Pandemie
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.2023
 - Antrag 262/XIX
20. Schülerbeförderung und Schienenverkehr durch die sog. Lammetalbahn auf der Regionalbahnlinie RB 79 der DB-Tochter Regionalverkehre Start Deutschland
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023
 - Antrag 380/XIX
21. Schülerbeförderung / 49,-€-Ticket
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 24.08.2023
 - Antrag 376/XIX
- 21.1. Änderung der Schülerbeförderungssatzung
Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2023
 - Antrag 439/XIX
22. 49-Euro-Ticket als Jobticket
 - Antrag der Gruppe vom 23.03.2023
 - Antrag 290/XIX
23. Schuleingangsuntersuchung und Auswertung der Fragebögen zur psychosozialen Belastung während der Pandemie - Beschlussvorschlag zum TOP 32 der Sitzung des Kreistages am 21.09.2023
Antrag der CDU Fraktion vom 14.09.2023
 - Antrag 384/XIX
24. Psychosoziale Unterstützung (PSU) für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Hildesheim - Beschlussvorschlag zum TOP 26 der Sitzung des Kreisausschusses am 18.09.2023 und zum TOP 28 des Kreistages am 21.09.2023
Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2023
 - Antrag 386/XIX
25. Altlast auf dem Grundstück der Berufsbildenden Schulen Steuerwald
 - Antrag der Gruppe vom 12.06.2023
 - Antrag 329/XIX
26. Karbonisierung von Klärschlamm
Antrag der CDU-Fraktion vom 29.03.2023
 - Antrag 293/XIX
27. Erfassung und Pflege der Gewässer Dritter Ordnung -
Antrag der CDU-Fraktion v. 13.04.2023
 - Antrag 302/XIX
28. Altlast Desdemona, Grundwassersituation/Grundwasseruntersuchung -
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2022
 - Antrag 143/XIX
29. TOP Trichinen-Untersuchungen im Landkreis Hildesheim
Antrag der Gruppe XIX. Wahlperiode vom 08.11.2023
 - Antrag 416/XIX
30. Mitteilungen der Verwaltung
31. Anfragen

Ergebnis der Sitzung:

TOP 1:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vors. KTA Ehrig bittet die Abwesenheit der Abgeordneten Frau Bellgardt, Frau Friedemann, Herr Schmidt, Herr Bettels, Herr Herbst, Frau Hopmann, Herr Lüder, Frau Ludäscher, Herr Lege und Herr Dr. Fell zu entschuldigen.

Anschließend berichtet Vors. KTA Ehrig, dass TOP 3 aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil in den öffentlichen Teil überführt werden muss und dort zum neuen TOP 10.1 wird.

Die Tagesordnungspunkte 2, 18.2, 20, 22, 24, 25, 26 und 27 werden von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Der Tagesordnungspunkt 10.1 wird neu aufgenommen.

Vors. KTA Ehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest und lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Die Tagesordnung wird mit den vorgetragenen Änderungen einstimmig beschlossen.

LR Lynack nimmt eine Ehrung des KTA Ekkehard Domning vor und dankt diesem für 15 Jahre ehrenamtlicher Tätigkeit für die Allgemeinheit als Kreistagsabgeordneter.

TOP 2:

Genehmigung des Protokolls vom 21.09.2023

KTA Prior weist auf die Länge des Protokolls hin und die Zeit bis zur Sitzung nicht gereicht hätte, um es ganz zu lesen.

Das Protokoll wird durch die Verwaltung für diese Sitzung zurückgestellt.

- vertagt -

TOP 3:

Einwohnerfragestunde

Es gibt eine Wortmeldung aus dem Zuschauerraum. Vors. KTA Ehrig bittet die Person an das Rednerpult zu kommen und erläutert das Prozedere bei einer Einwohnerfragestunde.

Herr Oliver Schwarz aus Alfeld OT Wettensen fragt:

Können Sie uns unterstützen, dass der Alfelder Ortsteil Wettensen wieder zu Alfeld gehört?

Herr Schwarz berichtet zu seiner Frage, dass er regelmäßig Bus fährt und sich sein Fahrpreis vor etwa 1 ½ Jahren erheblich erhöht hat. Die Erhöhung resultiert aus der im Rosa Tarifverbund vom Landkreis und der RVHi (Regionalverkehr Hildesheim GmbH) vorgenommenen neuen Wabenzoneneinteilung. Hierbei wurde der Alfelder Ortsteil Wettensen tariflich der Stadt Gronau zugeordnet. Im Alltag bedeutet dies für Herrn Schwarz, wenn er von Wettensen nach Eimsen fährt (1 Station, beides Alfelder Ortsteile, ca. 1,4 km Strecke) kostet sein Ticket 4,00 €. Das viel günstigere Kurzstreckenticket (1,50 € für maximal 3 Stationen) kann er nicht nutzen, da nur Stationen innerhalb eines Ortes zählen.

Folglich kommen Orte mit nur 1 Station (wie Wettensen), oder auch ineinander übergehende Orte (wie Eimsen und Alfeld), gar nicht in Genuss eines günstigeren Tickets.
Er weist abschließend auf sein für die Sitzung vorbereitetes Handout hin (Anlage zum Protokoll).

EKR Frau Wißmann antwortet Herrn Schwarz, dass er ja bereits länger die Lösung dieses Problems verfolgen würde und sich damit auch schon an die RVHi, deren Aufsichtsratsvorsitzende sie wäre, gewandt hätte. Sein Problem sei im Fokus angekommen und es wird auch bereits an dessen Lösung gearbeitet. Allerdings gibt es in jedem System Grenzen und wenn an einer etwas verschoben wird, gerät das System an anderer Stelle aus dem Fugen.

EKR Frau Wißmann kündigt Herrn Oliver Schwarz mit dem Protokoll noch ein Antwortschreiben in dieser Sache an.

Antwort der Verwaltung:

Das ROSA-Tarifsystem wurde nach kreisweit einheitlichen Kriterien entwickelt. Dabei ist die Situation in Wettensen aber kein Einzelfall; einzelne Kommunen bestehen aus bis zu vier Zonen, auch eine Zuordnung zu anderen Gemeinden gibt es an anderer Stelle. Deshalb kann es auch keine singuläre Lösung für Wettensen geben.

Die Einführung des Deutschland-Tickets führt zu einer Neubewertung des Tarifzonenplanes. Voraussetzung für eine Umsetzung ist allerdings eine dauerhaft gesicherte Finanzierung und damit ein Bestand des Deutschland-Tickets.

Sollte dies nicht erfolgen, muss über eine andere Lösung zu der unzweifelhaft bestehenden Problematik nachgedacht werden.

TOP 4:

Aktuelle Stunde

Eine aktuelle Stunde wurde nicht beantragt.

TOP 5:

Anregungen und Beschwerden gem. § 34 NKomVG

Anregungen und Beschwerden liegen nicht vor.

TOP 6:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages

LR Lynack gibt den Beschluss aus der nichtöffentlichen Sitzung des Kreistages vom 13.09.2023 bekannt:

- Beförderung des Kreisverwaltungsleiters Benjamin Knollmann zum Leitenden Kreisverwaltungsleiter.

TOP 7:

Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

LR Lynack berichtet über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses vom 09.10.2023

- Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine - Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine für das Geschäftsjahr 2022 und Entscheidung über die Verwendung des an die Träger abgeführten Teilbetrages des Jahresüberschusses.

- Richtlinie über die Gewährung von Sach- und Energiekostenzuschüsse der Tafeln und Essensausgaben im Landkreis Hildesheim
- Schuleignungsuntersuchung und Auswertung der Fragebögen zur psychosozialen Belastung während der Pandemie.
- Gesundheitsregion Hildesheim
- Tempo 30 km/h vor der Kindertagesstätte St. Cosmas und Damian in Groß Dungen
Hierzu weist LR Lynack ausdrücklich darauf hin, dass dieser Beschluss von ihm beanstandet und dem Innenministerium vorgelegt wurde.
- Vergabe von Aufträgen, Erneuerung der Elektroakustischen Anlage (ELA) am Gymnasium Alfeld.

Weiterhin berichtet LR Lynack, dass die Sitzung des Kreisausschusses am 20.11.2023 der Vorbereitung des heutigen Kreistages diene.

TOP 8:

Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim

LR Lynack schildert die aktuelle Situation bei der Unterbringung geflüchteter Menschen und bezeichnet die Lage als dramatisch.

Wie bereits aus den letzten Sitzungen bekannt, muss der Landkreis in der Zeit vom 01.10.2023 bis 31.03.2024 insgesamt 803 Personen aufnehmen. Ab der 41. Kalenderwoche sollen laut mitgeteilter Quote der Landesaufnahmebehörde (LAB NI) pro Woche 24 Personen aufgenommen werden. Von hier wird erwartet, dass mit der anstehenden nächsten Mitteilung der LAB NI, die Aufnahmezahl für den Landkreis auf 29 Personen /Woche steigen wird.

Flüchtlinge aus der Ukraine erreichen den Landkreis nur noch sporadisch. Der Familiennachzug betrifft ausschließlich Asylbewerbende.

Aktueller Stand in den bekannten Notunterkünften:

- | | |
|---|--------------|
| • Gesamtkapazität, Groß- und Notunterkünfte | 1.058 Plätze |
| • davon belegt | 764 Plätze |
| • derzeit noch frei | 294 Plätze |

Eine Hochrechnung, anhand der genannten wöchentlichen Zuweisungszahlen, stellt die Lage so dar, dass die Kapazitäten des Landkreises in der 2. oder 3. Januarwoche 2024 erschöpft sein werden. Vordergründiges Ziel bleibt weiterhin, langfristigen Wohnraum für alle Menschen die bei uns Zuflucht suchen, zu finden. Dies gibt der angespannte Wohnungsmarkt im Landkreis jedoch nicht mehr her. Es werden daher bereits dringend größere Unterbringungsmöglichkeiten im Landkreis gesucht, da der Bedarf der geflüchteten Menschen ansonsten in Kürze nicht mehr gedeckt werden kann.

Der Druck geeignete Liegenschaften oder Unterbringungsmöglichkeiten zu finden ist derzeit extrem hoch. Durch die Verwaltung wird jede der von außen gemeldeten Liegenschaften auf ihr Potential zur Unterbringung geprüft. Der Stab trifft sich hierfür wöchentlich.

Neben dieser umfangreichen Recherche wurde auch erneut bei den Kommunen angefragt und zwar in der letzten Woche, persönlich im Rahmen einer HVB-Konferenz. Die Kommunen wurden gebeten dem Landkreis weitere Unterkunftsoptionen nennen. Bis heute erfolgte jedoch nur ein verhaltener Rücklauf, da selbst den Kommunen oft nicht bekannt ist, ob es auf ihrem Gebiet noch geeignete Möglichkeiten für eine Unterbringung gibt. Es muss daher vor Ort erneut geschaut werden, was man an der einen oder anderen Stelle doch evtl. noch realisieren könnte. Allerdings zeichnet sich schon ab, dass alles was von den Kommunen noch kommt, nicht zu einer nennenswerten Entlastung der Situation führen wird.

Ändert sich die Situation nicht, zeigt die Prognose, dass der Landkreis ab Mitte Januar 2024 keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr zur Verfügung hat. Die Situation ist Zwei vor Zwölf, aber die Unterbringung in Notunterkünften wie Schulturnhallen, Mehrzweckhallen oder auch Containern, wird im Landkreis immer letzte Wahl sein. Allerdings muss man davon ausgehen, dass der Landkreis wohl keine Wahl mehr haben wird.

Es sind daher bereits 3 Containerstandorte im Südkreis in Prüfung:

- ein Grundstück der KWG in der Stadt Alfeld,
- ein von der SG Leinebergland gemeldeter ungenutzter B-Sportplatz in Eime,
- ein Angebot eines privaten Unternehmers aus der Stadt Alfeld, zur Nutzung von auf seinem Gelände befindlichen Containern.

Am Beispiel des B-Sportplatzes erläutert LR Lynack, dass ein solcher Platz die benötigten Strukturen, wie Parkplätze, Umkleidebereiche sowie Anschlüsse für Strom, Wasser und Abwasser bereits mitbringt. Container könnten so einfach aufgestellt werden. Die heute Anwesenden bittet LR Lynack in ihren Heimatgemeinden zusammen zu überlegen und zu schauen, ob es auch dort solche Plätze gibt und bittet diese zu melden.

Als allerletztes Mittel sollen im Landkreis Turnhallen in Gebrauch genommen werden, gleichwohl wurde der Bürgermeister Senftleben (SG Leinebergland) schon informiert, dass vorbereitend ausgeschrieben wird, um die Sporthalle der KGS in Gronau ab Januar ggf. belegen zu können, da keine andere Möglichkeit mehr gesehen wird.

Weiter erfolgt eine Belegungsanpassung im Relaxa in Bad Salzdetfurth. Die Ukrainer bewohnen jetzt das sog. Oberhaus. Die ursprünglich mit nur 60 bis 80 Geflüchteten anderer Nationalitäten geplante Belegung des sog. Unterhauses ist durch die gegenwärtige Lage hinfällig. Bürgermeister Gryschka wurde bereits informiert, dass im Unterhaus jetzt alle 132 Plätze belegt werden müssen. Diese beiden geplanten Belegungen werden, wie bereits bei den Großunterkünften in Ummeln und Lamspringe, erheblichen Erklärungsbedarf mit sich bringen. Mittels öffentlicher Termine sollten Verwaltung und Politik frühzeitig mit der Bevölkerung den Dialog suchen, über Planungen umfassend informieren sowie den Bürger*Innen Rede und Antwort stehen.

Aufgrund der Weltlage und der anhaltenden Fluchtbewegungen rechnet die Verwaltung weiter mit einer großen Anzahl geflüchteter Menschen die im Landkreis untergebracht werden müssen. Sollte der Landkreis jedoch weiterhin keine Unterstützung erhalten, sprich keine möglichen Großunterkünfte oder Möglichkeiten zur Errichtung von Großunterkünften genannt bekommen und auch selbst keine mehr zu finden, bleibt nur noch die Möglichkeit Turnhallen zu belegen.

TOP 8.1:

Wohnraumprogramm und Wohnraum für Flüchtlinge

- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.07.2023

- Antrag 362/XIX

KTA Frau Bertram schildert, dass durch den Antrag Nr. 362/XIX versucht werden soll, Wohnraum für Anspruchsberechtigte nach dem SGB II zu schaffen. Der beklemmende Redebeitrag des Landrats, zeigt KTA Frau Bertram dabei die Realität des Antrages und sie sieht hier Beratungs- und Redebedarf, zumal auch Berechtigte nach dem AsylbLG durch einen zustimmenden Beschluss profitieren würden. Mit dem Antrag soll eine einmalige Förderung von Eigentümern erfolgen, die über ungenutzten Wohnraum verfügen. Sie geht dabei zunächst von einem Förderrahmen von 2 Mio. Euro aus und sieht hierbei eine echte Chance die angespannte Wohnraumlage zu verbessern. Der so gefundene Wohnraum entlastet die Situation der geflüchteten Menschen, die ansonsten in eine Großunterkunft müssten. Zu dem Antrag wünscht sie sich einen gemeinsamen Beschluss.

KTA Domning beginnt damit, dass seine Familie und er, nach div. Stationen im Bundesgebiet, vor 20 Jahren im Landkreis angekommen und hier zur Ruhe gekommen sind. In der örtlichen Zeitung habe er kürzlich lesen müssen, dass Bäckereien, Hausärzte, verschiedene Geschäfte und Handwerksbetriebe sowie der öffentliche Nahverkehr alle gemeinsam hätten, dass Angebote und Öffnungszeiten reduziert werden müssen, da sie keine Mitarbeiter finden. Das gleiche düstere Gefühl wäre im Artikel auch in Bezug auf den Mangel an Pflegekräften, zu großen Schulklassen, Lehrkräftemangel, marode Bahnstrecken, fehlende Wohnungen, lückenhafte Digitalisierung sowie erdrückende Bürokratie vermittelt worden.

Diese Einschätzung passt für KTA Domning nahtlos zum Kernproblem des Landkreises, der seit der Jahrtausendwende gegen einen strukturellen Bevölkerungsrückgang ankämpft. Um diesen Bevölkerungsrückgang umzukehren, sei für ihn nicht Geld, sondern vor allem die Beachtung der Menschenwürde die zentrale Komponente. Wichtig sei gemeinsam dafür zu sorgen, dass die geflüchteten Menschen sich hier willkommen fühlen. Sofern sie dauerhaft bleiben wollen, sind ihnen durch Sprache und Bildung Chancen zu eröffnen, um sie zu einem tragfähigen Teil der Gesellschaft zu machen.

Dann weist er noch darauf hin, dass sich der Bestand an Sozialwohnungen im Zeitraum von 2006 bis 2020 im gesamten Land mehr als halbiert habe, wodurch schon Menschen mit geringen Einkommen kaum noch Wohnraum finden. Auf diesen bereits völlig überlasteten Wohnungsmarkt trifft nun zusätzlich die große Zahl an geflüchteten Menschen. Um kurzfristig geeignete Wohnungen zu finden, sollte ungenutzter Wohnraum im ländlichen Raum reaktiviert werden. Das eigentliche Problem kann der Landkreis jedoch nicht allein lösen, sondern der Bund und das Land müssen tätig werden.

KTA Sturm weist zunächst die Äußerung von KTA Domning in seine Richtung zurück. Weiter spricht er davon, dass klare Hilfe vor Ort gebraucht wird. Die runden Tische in den Orten benötigen Hilfe, eine Art Handbuch was in welchem Fall zu tun ist. Er sieht im Kreis bisher auch keine Mobilisierung dem Problem entgegen zu treten und weist noch darauf hin, dass die letzte Sitzung des zuständigen Migrationsausschusses (07.11.2023) ausgefallen wäre und bis dato nicht feststeht, wann diese nachgeholt wird. Wenn Leute bei der geplanten Belegung von Turnhallen Drohungen aussprechen, sei es notwendig frühzeitig tätig zu werden.

Sicher gibt es unter den geflüchteten Menschen auch Leute die keinen Anspruch auf Asyl haben, jedoch ist „vor Ort“ nicht der Ort an dem das besprochen werden muss. Das Problem sind auch nicht die Leute die aus Ländern wie Syrien oder Libyen fliehen, sondern die Situation die diese Menschen in ihrer Heimat schutzlos ausgesetzt sind. Es sei Aufgabe der großen Politik, zu erreichen dass die Menschen in ihren Heimatländern bleiben wollen, weil es ihnen gut geht und sie Perspektiven haben. Hier vor Ort ist es Aufgabe, dass zu tun was nötig ist und was wir tun können. Eben hat uns unser Landrat gesagt, was wir jetzt tun können.

Laut KTA Meyer könne die Migrationspolitik, vor allem die fehlende Integration, auf kommunaler Ebene nicht beeinflusst werden. Der Landkreis tue bereits alles, um die Menschen unterzubringen, jedoch werde dies immer schwieriger. Er merkt an, dass durch seine Fraktion vor 3 Monaten hierzu ein Antrag gestellt wurde, welcher jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde. Es gibt Überlegungen diesen Antrag im März, nach Ablauf der 6 Monate, evtl. nochmal zur Abstimmung vorzulegen, da der auf den Landkreis lastende Druck dann viel höher sein wird, als beim ersten Versuch. KTA Meyer sieht auch bei der Akzeptanz in der Bevölkerung eine sinkende Tendenz, vor allem wenn Turnhallen geschlossen werden und bisher nicht klar ist wer das noch bezahlen soll.

Die Würde des Menschen wird auch von seiner Partei nicht in Frage gestellt, jedoch ist fraglich, ob das wirklich noch alles machbar sei. Es ist nicht die alleinige Aufgabe der Gesellschaft, nur noch Flüchtlinge zu betreuen. Wir haben hier eine Krisensituation und sollten auch so handeln.

Für KTA Teltemann hat der Landrat mit seiner Aussage „es sei zwei vor zwölf“ die aktuelle Situation deutlich gemacht. Aus seiner Sicht müsse aber neben der Unterbringung der Migranten, auch über weitere Folgen, wie benötigte Kindertagesbetreuung und Beschulung, nachgedacht werden.

Daher warte auch er wie KTA Sturm auf die nächste Sitzung des Migrationsausschusses, um diese Themen intensiver besprechen zu können.

Auf den Redebeitrag von KTA Domning eingehend, berichtet KTA Teltemann von seinen Erfahrungen in der Zeit der Flüchtlingswelle 2015/16. So wäre er von Geflüchteten aus Syrien bereits nach 3 Wochen gefragt worden, wie man Geld sicher nach Syrien transferieren könnte. Dies sei jedoch nicht Zweck der Mittel des AsylbLG, sondern deren Gebrauch vor Ort.

Es muss sich Gedanken gemacht werden die Anreizfaktoren zu reduzieren und er verweist hierbei auf Migranten die in Europa durch div. sichere Staaten fahren, um nach Deutschland zu gelangen, dies wäre materielle Realität.

Die seit der letzten Kreistagssitzung auf Bundes- und Europa-Ebene getroffenen Beschlüsse, u.a. zur beabsichtigten Errichtung von Auffanglagern in Ruanda, sieht er kritisch. Allerdings sieht er auch die Gefahr, dass die Migrationswelle weiter anhält und erneut gezielt geleitete Ströme von Migranten, als Form hybrider Kriegsführung, gesellschaftliche Unruhen auslösen und zur Destabilisierung von Staaten führen könnten.

Es braucht eine Integration über Sprache und Beschäftigung und dafür bedarf es mehr Flexibilität und Möglichkeiten in den Systemen.

Für KTA Prior geht es hier aktuell um ein Problem das die ganze Erde bewegt. Es ist daher wichtig, dass wir uns darauf konzentrieren, was wir hier vor Ort machen. Hierfür gibt es beim Landkreis ein beschlossenes Programm. Jetzt wurde geschaut, in welcher Gemeinde sich wie viele Personen befinden und was dort mit ihnen gemacht wird, da es nicht nur um reine Unterbringung geht. Den vor Ort Tätigen müssen Mittel zur Verfügung stehen, dafür muss man aber die handelnden Personen kennen. Den KTA Domning ansprechend, verweist KTA Prior darauf, dass die Entscheidungen den vor Ort gewählten Vertretern obliegen und diese Vertreter für ihre demokratischen Beschlüsse nicht kritisiert und diffamiert werden sollten. Ein solches Verhalten würde nur Hass säen, den es hier nicht braucht. Seine Bitte wäre, was wir tun können, auch zu tun. Daher muss auch versucht werden, die Verfügungstellung von Wohnraum zu erlangen. Bessere Vorschläge als den vorliegenden Antrag gäbe es derzeit nicht und er hofft auf ein einvernehmliches Ergebnis.

KTA Prior spricht an, dass seine Anfragen zur Flüchtlingsthematik bisher nicht beantwortet wurden. In Hinblick auf den Haushalts-Kreistag in zwei Wochen, schlägt er vor den Punkt heute als behandelt gelten zu lassen, da dieser Punkt haushaltsrelevant wäre.

KTA Domning richtet das Wort zunächst an KTA Sturm um diesem zu sagen, wie sehr er dessen Einsatz vor Ort schätzt. Vielmehr habe sich jedoch dessen politische Ausrichtung verändert und letztendlich hätte ihn ein Zitat von Sahra Wagenknecht zur Aufnahme von Flüchtlingen, zu der Aussage bewogen, dass das was wir hier tun, nicht mehr nur durch den rechten sondern auch durch den ganz linken Rand angegangen wird.

An KTA Prior gerichtet, erläutert KTA Domning, dass er in Bezug auf den Beschluss in Lamspringe falsch interpretiert wurde. Er habe den demokratisch gefassten Beschluss akzeptiert. Jedoch habe er darauf hingewiesen, dass Solidarität keine Einbahnstraße wäre. Bekanntermaßen würde er sich immer für eine Balance im Kreis engagieren, besonders das Geldflüsse auch bei finanzschwächeren Gemeinden ankommen. Da er den Zusammenhalt des Landkreises als seine Aufgabe als KTA sieht, habe er entsprechend seiner Wahrnehmung Kritik geübt.

KTA Dr. Jacobs wiederholt zunächst die Worte des Landrats, wonach die Situation dramatisch ist. Gerichtet an KTA Prior äußert er, dass Vokabeln wie „Hass“ hier unpassend und in Bezug auf den Beschluss in Lamspringe überzogen sind.

KTA Dr. Jacobs spricht an, dass hier bisher gar nicht über die Sammelunterkunft gesprochen wurde, welche derzeit am Schützenplatz in Hildesheim errichtet wird und zu welcher es auch eine Anfrage seiner Fraktion gäbe, die bisher nicht beantwortet wurde (Anm. Anfrage Nr. 171/XIX vom 10.11.23). Er hätte gern Informationen um was für eine Einrichtung es sich hier handelt.

LR Lynack richtet zunächst das Wort an KTA Prior, um diesen dahingehend zu korrigieren, dass alle seine Anfragen zur Thematik Flucht und Migration bereits beantwortet wurden.

Zur Fragestellung von KTA Dr. Jacobs führt LR Lynack aus, dass es sich bei der Großunterkunft am Schützenplatz um eine Landeseinrichtung handelt. Dementsprechend wäre die Anfrage Nr. 171/XIX auch sehr schnell (Anm. am 14.11.23) beantwortet worden, bis auf die Frage zur Anrechnung auf die Quote, da es hierzu widersprüchliche Aussagen gibt. Falls es eine Anrechnung auf die Quote der Stadt, oder die Quoten von Stadt und Landkreis gibt, steht das erst mit der ab 01.04.24 gültigen Quote fest. Was jedoch auch noch an anderen Faktoren wie etwa Belegungszahlen abhängt. Weiter berichtet LR Lynack aus der Antwort zu Anfrage Nr. 171/XIX, dass der Großunterkunft am Schützenplatz ein Vertrag zwischen Platzbetreibergesellschaft (Schützenplatz GmbH) und dem Nds. Innenministerium (Nds. MI) / Landesaufnahmebehörde (LAB NI) zu Grunde liegt. Er erinnert die Anwesenden daran, dass er bereits vor und nach der Sommerpause darüber informiert hatte, dass die LAB NI an ihre Grenzen stößt, da die Erstaufnahmeeinrichtung in Bad Fallingb. geschlossen wird und das sog. Drehtreppchen, die Unterkunft in den Messehallen in Laatzen, geräumt werden muss. Als Zwischenunterkunft wird seitens des Landes jetzt u.a. die Einrichtung auf dem Schützenplatz genutzt. LR Lynack weist an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass dies nicht mit ihm abgesprochen werden musste, da die Einrichtung auf Stadtgebiet liegt und die Stadt im Rahmen ihrer Heranziehung durch den Landkreis selber zuständig sei. Aber auch die Stadt wäre in diesem Fall nicht zuständig gewesen, sondern eine dem Nds. MI unterstehende Behörde.

Aufgrund der dramatischen Lage erinnert auch KTA Schröter-Mallohn, dass in der Flüchtlingskrise 2015/16 innerhalb weniger Wochen 840.000 Menschen aufgenommen wurden und in wie kurzer Zeit seinerzeit die notwendigen Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen wurden. Im Vergleich hierzu sind im laufenden Jahr etwa 400.000 Menschen zu uns gekommen. Es sei eine Herausforderung, aber wir haben das schon einmal mit viel höheren Zahlen und viel weniger Zeit geschafft.

Da der Flüchtlingsstrom nicht abrupt weniger werden wird, werden wir auch die nächste Zeit weiter Menschen unterbringen müssen. Der Landkreis hat hierfür nur zwei Optionen.

Erste Option: Anhand der Einwohnerzahlen der siebzehn Gemeinden (ohne Stadt HI) wird errechnet, wie viele Personen die jeweilige Gemeinde aufnehmen muss. Anschließend verteilt der Landkreis die Personen entsprechend des errechneten Schlüssels auf die Gemeinden und die jeweilige Gemeinde muss sich kümmern.

Aufgrund der strukturellen Unterschiede der Gemeinden, wurde dies im Landkreis nicht so gemacht, zumal manche Gemeinden kaum geeignet sind und Spannungen sowie ein hin- und herschieben der Menschen vermieden werden sollte.

Zweite Option: Der Landkreis übernimmt die Verteilung der Menschen in die Gemeinden, unter Beachtung, dass dort die notwendige Infrastruktur vorhanden sowie Integrationsmöglichkeiten, wie Sprachkurse und soziale Teilhabe u.ä., gegeben sind. KTA Schröter-Mallohn hält dies für eine gute und zielführende Idee des Landkreises. Die allerdings voraussetzt, dass in Gesprächen, zwischen Landkreis und Gemeinden, um gemeinsam geeignete Plätze zu finden, sowie sicher zu stellen das da wo es möglich ist Menschen aufzunehmen, sich die Gemeinden nicht verweigern. Vielmehr sollten die Gemeinden proaktiv auf den Landkreis zugehen.

Dieses Modell sollte im Sinne der geflüchteten Menschen weiter genutzt und der Landrat sowie seine Verwaltung sollten entsprechend unterstützt werden. Ein Vetorecht der Gemeinderäte wäre aus seiner Sicht contra produktiv und das Ende für ein bewährtes Modell.

KTA Stuke bedankt sich beim Landrat für die umfassenden Informationen. Er bittet diesen jedoch auch noch ergänzend auf die Situation der Unbegleiteten Minderjährigen Ausländer (UMA) einzugehen. Welche eine besonders schwierige Gruppe bilden, der immer mehr Bedeutung zukommt. Auch im Landkreis Hildesheim?

LR Lynack bestätigt daraufhin, dass auch diese Lage dramatisch wäre. Laut Zahlen aus dem Krisenstab der letzten Woche, betrug die Anzahl der UMA 126 Personen, eine Zahl die sich erfahrungsgemäß stündlich verändern kann. Als Vergleich hierzu berichtet er, dass es in normalen Jahren etwa 20 Fälle

über das Jahr verteilt gibt. Problematisch bei diesem Personenkreis sei, geeignete Liegenschaften und die besondere Betreuung zu finden. Die UMA haben ganz andere Bedürfnisse als in den Großunterkünften. Außerdem wird immer problematischer Anbieter zu finden, die eine solche Anlage mit dem notwendigen sozialpädagogischen Background betreiben. Es wird auch im Landkreis nach geeigneten Möglichkeiten gesucht, aber die Vorbehalte gegenüber dieser Gruppe sind leider besonders hoch. LR Lynack ist hierzu gern zum Dialog bereit.

Wichtig sei eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch Fachpersonal. Außerdem sind für die UMA großzügigere Unterkünfte vorgesehen, da es sich um Jugendliche handelt die ihre Familien verloren haben und oft traumatisiert sind. Der Landkreis bringt die im zugeteilten UMA inzwischen, wie andere Behörden auch, bundesweit unter. Die UMA fallen aber immer dort in die Quote wo sie zugeteilt worden und nicht da wo sie sich aufhalten. LR Lynack weist noch darauf hin, dass in manchen Einzelfällen auch eine Unterbringung in Pflegefamilien möglich ist. Er bittet ihn aufnahmebereite Familien zu nennen.

KTA Dr. Bruns bittet KTA Domning im nächsten Migrationsausschuss (A8) über seine umfassenden Erfahrungen aus seiner Arbeit mit Flüchtlingen und der aktuellen Situation in seinem Stadtteil zu berichten. Dieses wäre aus seiner Sicht extrem wichtig, um den Gemeinden zu zeigen, was auf sie zukommen würde.

KTA Frau Brede erinnert daran, dass für die Leute vor Ort etwas erreicht werden soll und hierfür ein Antrag vorliegt. Sie habe KTA Frau Bertram so verstanden, dass entgegen des Antragstextes erreicht werden soll, nicht nur für Personen mit geringem Einkommen, sondern auch für Asylbewerber und Flüchtlinge, bezahlbaren Wohnraum im Kreisgebiet finden. Sie habe jedoch mit dem Antrag Probleme, zumal ihre Gruppe bereits etwas Eigenes zu diesem Thema in Vorbereitung hätte, was jedoch absichtlich erst im nächsten Kreistag im Dezember eingebracht werden soll. Auch dabei geht es um bezahlbaren Wohnraum und dessen Aktivierung, nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle Bürger mit niedrigem Einkommen, die keinen Wohnraum mehr finden. Diesbezüglich verweist sie auch das für die nächste Woche zwischen den Fraktionen verabredete Gespräch hin. Es muss was getan werden, wir alle wollen was tun und was wir wollen gibt es nicht umsonst

KTA Bosse-Arbogast findet, dass alles Notwendige schon gesagt wurde. Bei dem von KTA Frau Bertram vorgestellten Antrag geht aus seiner Sicht darum, konkret etwas zu tun. Es sollten sich daher Gedanken um den vorliegenden Antrag gemacht werden, der genau das unterstützt, wozu LR Lynack die Kreistagsabgeordneten heute aufgefordert habe.

Darauf entgegnet KTA Preissner gegenüber KTA Bosse-Arbogast, dass sich letzte Woche in der Kreisentwicklungssitzung intensiv mit dem Antrag befasst wurde. Es herrschte dabei Konsens, dass etwas für alle Personengruppen mit gleicher Problemlage getan werden müsse. Dieses sollte verabredungsgemäß nächsten Montag gemeinsam formuliert werden. Ein solches gemeinsames Ergebnis wäre aus seiner Sicht, die Größere Chance für den Landkreis.

In seinem Schlusswort zum Antrag äußert KTA Prior an KTA Preissner gerichtet, dass sich aus dem Wortlaut des Antrages ergeben würde, dass hier auch Flüchtlinge gemeint wären. Er würde einen gemeinsam erarbeiteten Beschlussvorschlag auch begrüßen. An LR Lynack gerichtet bestätigt KTA Prior, dass es zwar Antworten auf seine Anfragen gegeben habe, diese aus seiner Sicht jedoch nicht ausreichend wären. Auch vom Land hätte er keine Antwort bekommen. Für ihn ist damit nicht geklärt, wer das Recht hat zu bestimmen, wohin wie viele geschickt werden. Abschließend fragt er zu seinem Antrag, ob er richtig verstanden hätte, dass dieser heute als behandelt gelten soll. Anschließend bedankt er sich für das zustimmende Nicken aus dem Gremium.

- Gilt als behandelt -

TOP 9:

Bearbeitung von Ausländerangelegenheiten

- Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 24.10.2023
- Antrag 406/XIX

KTA Frau Wucherpennig bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Beantwortung ihrer Anfrage und sie bedankt sich bei den 25 Mitarbeitern der Ausländerbehörde, die pro Jahr zwischen 3.500 und 4.000 Verfahren bearbeiten.

- Gilt als behandelt -

TOP 10:

Antrag auf Zustimmung zu einer überplanmäßigen/außerplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung im Haushaltsjahr 2023 gemäß § 117 NKomVG

- Vorlage 557/XIX

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der überplanmäßigen Auszahlung im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von insgesamt 9.000.000 € bei den Sachkonten 4331-0000 soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen (2.000.000 €) und 4332-0000 soziale Leistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen (7.000.000 €); Kostenstelle 9-13; Kostenträger 313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Budget 10 zu.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 10.1:

Antrag auf Zustimmung zu einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023;

- Budget 10 - Amt für Schule und Kultur
- Vorlage 563/XIX

Auf Nachfrage von KTA Dr. Jacobs erläutert der Vors. KTA Ehring, dass dieser Punkt zu Beginn der Sitzung vom nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil verschoben wurde.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023 beim Konto 4452-0009 Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag), Kostenstelle 3-01, Kostenträger 243-001, Sonstige schulische Aufgaben, in Höhe von 390.800,00 € zu.

Der Kreistag stimmt der überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023 beim Konto 4452-0003 Gastschulbeiträge, Kostenstelle 3-01, Kostenträger 243-001, Sonstige schulische Aufgaben, in Höhe von 84.300,00 € zu.

Der Kreistag stimmt der überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023 beim Konto 4441-0002 Unfallversicherung Kostenstelle 3-01, Kostenträger 243-001-0004, Schülerbez.Leist / Kr.elternschülerrat(EW), in Höhe von 69.000,00 € zu.

- einstimmig beschlossen -

TOP 11:

Landkreisversammlung des Niedersächsischen Landkreistages

- Vorlage 552/XIX

Beschluss:

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Marc Ehrig, wird an Stelle von Bernhard Brinkmann als weiterer Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Landkreisversammlung bestimmt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 12:

Mangelnde und zum Teil ungenügende Leistungsfähigkeit der Kreisverwaltung

- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.07.2023

- Antrag 359/XIX

- erledigt -

TOP 12.1:

Mangelnde und zum Teil ungenügende Leistungsfähigkeit der Kreisverwaltung

Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2023

- Antrag 436/XIX

KTA Koschorrek stellt den Antrag seiner Fraktion vor und erläutert, dass dieser aus den Antworten auf eine Anfrage seiner Fraktion resultiert. Ziel des Antrages sei es, einige Produktbeschreibungen in den Haushaltsplan 2024 aufzunehmen. Hierbei habe sich die Fraktion am Landkreis Peine orientiert und sich die wesentlichen Produkte wie Hilfe zur Pflege, Leistungen nach dem AsylbLG sowie Wohngeld herausgesucht. Bei diesen Produkten sollen jeweils Zielvorgaben gemacht werden in wie vielen Tagen der Antrag beschieden sein muss, beginnend ab Antragstellung.

Das Antragstellende in der Hilfe zur Pflege ein halbes Jahr auf die Bewilligung warten ist für ihn nicht zielführend. Er bittet daher um Unterstützung des Antrages.

KTA Preissner beginnt damit, dass der moderat vorgetragene Antrag die personelle Situation verkennt und daher zu einer falschen Schlussfolgerung kommt. Außerdem lassen die dortigen Anfragen an die Verwaltung für ihn oft kein echtes Interesse erkennen. Hier werden vielmehr die Realitäten verkannt, dass in allen Branchen – also auch im öffentlichen Dienst, ein Fachkräftemangel zu verzeichnen ist. Die Bemühungen zur Personalgewinnung sowie der Fachkräftebindung werden dafür ignoriert. Kennzahlen helfen jedoch nicht Personal zu finden.

Mit dem Antrag sollen Dinge vorgegeben, die nur zu realisieren wären, wenn das Fachpersonal vollständig zur Verfügung steht. Der Antrag geht für ihn an der Realität vorbei. Schöner wären konstruktive Vorschläge wie die Fachkräftegewinnung verbessert werden könnte. Er regt an künftig nur Fragen die für Arbeit notwendig sind zu formulieren, da hier manchmal sehr überzogen und dabei verkannt wird, dass hierdurch Mitarbeiter verunsichert und von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten werden, sowie die Verwaltung blockiert wird.

KTA Preissner empfiehlt auf einen konstruktiven Weg der Zusammenarbeit zurückzukehren, um gute Kreistagspolitik zu machen.

KTA Prior entgegnet daraufhin KTA Preissner, dass es für konstruktive Gespräche nicht gut wäre, den anderen zu Beginn mit Dreck zu bewerfen. Gemeinsame Aufgabe von Mehrheit und Opposition im Kreistag sei es, zu vollziehen was der Gesetzgeber von Bund/Land beschließt. Hierzu zählt auch die

Erfüllung des gesetzlichen Rechtsanspruches des Bürgers. Wenn der Landkreis Peine diese Ziele in seinen Haushaltsplan schreibt, dürfen wir das auch, vor allem wenn die Bearbeitungszeiten so voneinander abweichen. Er weist weiter darauf hin, dass das zwingend heute beschlossen werden muss, damit es in der Dezembersitzung des Kreistages noch in die Haushaltssatzung aufgenommen werden kann. Er habe hierfür KTA Schröter-Mallohn einen Kompromiss unterbreitet, den Beschlussvorschlag unter Ziffer 2 seines Antrages so abzuändern, dass die Verwaltung nur noch den Plan aus Peine abschreiben müsste. Auch die weiteren Ziffern des Antrages wären noch verhandelbar, da es seiner Fraktion nur um existenzielle Fragen der Bürger geht. Die bis jetzt im Haushaltsplan vage formulierten Vorgaben, möchte die Faktion unbedingt ändern. Der Landrat soll dafür heute von uns den Auftrag erhalten, bis zur Haushaltsberatung im Dezember noch adäquate Vorschläge zu erarbeiten.

Für den Fall das seinem Antrag nicht zugestimmt wird, verlangt er je eine separate Abstimmung der drei Ziffern seines Antrages.

KTA Stuke sieht unstrittig auch einen Verbesserungsbedarf beim Landkreis. Außerdem braucht es weiteres Bemühen, den Anliegen des Bürgers frühzeitig zu entsprechen. Insbesondere Ziffer 1 des Beschlussvorschlages sieht er als unrealistisch an. Er regt an stattdessen ein gemeinsames Gespräch zwischen Politik und Verwaltung an, welche realistischen Ziele hier aufgenommen werden könnten. Er halte es selbst auch für falsch, dass Bürger bei der Beantragung von stationären Leistungen der Hilfe zur Pflege, mehrere Monate nach der Antragsstellung noch keine Eingangsbestätigung erhalten haben. Er schlägt daher gemeinsame Beratungen mit der Verwaltung im zuständigen Fachausschuss vor.

KTA Frau Flohr erinnert an die Sitzung des Finanzausschusses in welcher der Stellenplan vorgestellt wurde. Aus ihrer Sicht wissen die Dezernate und Ämter wo es Lücken gibt, wo mehr Personal benötigt wird und wie es eingesetzt wird. Die Frage die dabei im Raum steht lautet immer, können wir die Stellen überhaupt besetzen.

Zu den im Stellenplan neu eingebrachten Stellen, gab es massive Kritik und sogar neue gesetzliche Regelungen wurden als Begründung angezweifelt. Auch aus ihrer Sicht sind die Bearbeitungszeiten in der Hilfe zur Pflege viel zu lang, aber für diesen Bereich gab es ebenfalls neueingebrachte Stellen, um das Problem anzugehen.

Die Diskussionen sind ihr unverständlich, da die Verwaltung bei jeder neu beantragten Stelle darlegen konnte warum diese Ressource, trotz tieferer Zahlen im Haushalt, zur Aufgabenerfüllen benötigt wird und wie kritisch im Vorfeld geprüft und gestrichen wurde.

Der vorliegende Antrag passt aus Sicht von KTA Frau Flohr daher nicht mit den beim Stellenplan vertretenen Ansichten zusammen.

KTA Schröter-Mallohn bestätigt zunächst den Einigungsversuch mit KTA Prior, vor der Sitzung. Aus seiner Sicht sei das Beantragte jedoch unrealistisch und überhaupt nicht leistbar. Es ist unmöglich, dass die Verwaltung einen solch folgenreichen Prüfauftrag innerhalb von weniger als zwei Wochen abarbeiten und diese Vorarbeiten erbringen soll. Zumal nicht geklärt ist, welche Quotenvorgaben künftig erfüllt werden sollen.

Wenn das wirklich von der Politik gewollt ist, hätte der Antrag viel früher vorgelegt werden müssen, da er jetzt zu spät ist für die Haushaltsberatungen und für die Erarbeitung vernünftiger Ziele sei. Es besteht kein Interesse an Anträgen die wirkungslos sind.

KTA Frau Renner-Köhne widerspricht zunächst KTA Frau Flohr, der Antrag würde sehr wohl passen. Dem vorgelegten Haushalt fehlt es an Transparenz. Außerdem wäre es in jedem Unternehmen und jeder Behörde normal das man sich Kennzahlen schafft, an denen sichtbar ist, dass Pflichtaufgaben angemessen erledigt werden. Es gehe ihrer Fraktion um nachvollziehbare Kennzahlen zum Wohle des Bürgers. Aus ihrer Sicht kann sich der Landkreis sehr wohl noch schnell Kennzahlen ausdenken oder einfach beim Landkreis Peine abgucken, auch die Fristen können angepasst werden. Wenn die Werte zum Ende des Jahres nicht passen, wäre das nicht schlimm.

Wenn wir nie Personal für Kennzahlen haben, wird sich die Situation nie ändern. Der Antrag soll dafür sorgen, dass die Aufgaben im Landkreis besser erfüllt werden.

KTA Domning berichtet, dass er bereits während der Umstellung von kameralistischer Buchführung auf die Doppik im Kreistag war. Damals habe er gleich feststellen können, dass die Doppik viele Dinge nicht mehr klar erkennbar abbildet, sondern konkrete nachfragen erfordert.

Er reflektiert die intensive Zeit, welche zu Erarbeitung der Ziele benötigt wurde. Ein sehr erkämpftes Ziel von ihm, wäre dann überhaupt nicht aussagekräftig gewesen, wie von ihm geglaubt.

Die Frage sei für ihn, ist es richtig noch mehr Ziele zu formulieren, falls ja, müssen sie dann unbedingt jetzt formuliert werden. Er sieht keinen Grund für Eile, mögliche Ziele könnten auch noch unterjährig formuliert werden und dann in den Haushalt eingestellt werden. An KTA Prior gerichtet, bitte er diesen, dass Wort „Dreck“ zurückzunehmen und den Antrag für heute zurückzuziehen, da der Antrag eh nicht bis zur Haushaltssitzung vorbereitet werden kann. Vielmehr sollte dies in den Ausschüssen in Ruhe angeschaut und erarbeitet werden. Da es unbedingt vermieden werden muss, dass sich die Verwaltung mit ihrem knappen Personal, nur noch um sich selbst dreht und ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.

KTA Frau Prell möchte mit dem Eindruck aufräumen, dass die langen Bearbeitungszeiten in der Hilfe zur Pflege alleiniges Problem beim Landkreis Hildesheim wären. Im letzten Landespflegerat wurden Fälle bekannt, bei denen die Bearbeitungszeit bei über einem Jahr liegt.

Die sechsmonatige Bearbeitungszeit beim Landkreis ist aber nicht gut, da lange Bearbeitungszeiten grundsätzlich ein Problem für die antragstellende Person darstellen. Bearbeitungszeiten in der Hilfe zur Pflege von nur zwei Wochen, wie im Landkreis Peine offenbar vorgegeben, hält sie nach ihren Erkenntnissen aus dem Landespflegerat für utopisch.

Aus ihrer Sicht, sollte jetzt nicht schnell etwas in kurzer Zeit formuliert werden, sondern wie von KTA Domning vorgeschlagen verfahren werden.

KTA Prior bittet die Ziffern 1, 2 und 3 seines Antrages jeweils gesondert abzustimmen.

Die anschließend jeweils separat durchgeführten Abstimmungen der Ziffern 1, 2 und 3 des Antrages Nr. 436/XIX, ergaben bei jeder der Ziffern das Ergebnis: mehrheitliche Ablehnung.

Beschluss:

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 13:

Bürgerfreundliche und effektive Wahrnehmung von Aufgaben des Landkreises; Organisatorische und personelle Veränderungen in der Kreisverwaltung
- Antrag 363/XIX

Laut KTA Dr. Jacobs möchte seine Fraktion erreichen, dass das vorhandene Personal effektiv und bürgerfreundlich eingesetzt wird. Der in den letzten Jahren zu verzeichnende Personalanstieg geht jedoch nicht mit einem Qualitätszuwachs einher. Personalzuwachs sei jedoch nicht alles, sondern es geht auch um Soft Skills wie das Arbeitsklima.

Da die hierzu an die Verwaltung gerichtete Anfrage bereits vollumfänglich beantwortet wurde, kann der Antrag hier heute entfallen.

- zurückgezogen -

TOP 14:

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

KTA Dr. Jacobs beginnt damit, dass FDP und Die Unabhängigen zur Sanierungsbedarf im Solebad Bad Salzdetfurth nachgefragt hätten, da sich beide Fraktionen das Jahr über nicht gut informiert gefühlt hätten. Es gab eine Anfrage im August letzten Jahres (Anm. Anfrage Nr. 73, vom 04.08.2022) zur Situation im Solebad. Die Antwort lautete, auf Grundlage einer gutachterlichen Stellungnahme des betreuenden Ingenieurbüros, etwa noch 5 bis 8 Jahre Lebensdauer für das Solebad. Danach gab es Gespräche mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herr KTA Preissner, nachdem dieser Redebedarf signalisiert hatte. Diese Gespräche führten zu einer ordentlichen Information.

Beim folgenden Besuch des Nds. Ministerpräsidenten Herrn Stephan Weil, wurde dann mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Landrat offenbar darüber gescherzt, dass ein Neubau wohl 80. Mio. Euro kosten würde. Jetzt lässt sich der Zeitung entnehmen, dass der Geschäftsführer der Gesellschaft seinen Rückzug angekündigt hat.

LR Lynack äußert daraufhin gegenüber KTA Dr. Jacobs, dass falsche Wiederholungen eine Sache nicht richtiger machen. Es habe einen Besuch des Nds. Ministerpräsidenten gegeben und es habe eine Verabredung gegeben aus der Machbarkeitsstudie Nichts nach draußen dringen zu lassen, bevor nicht auch die politischen Gremien informiert wurden.

Ausdrücklich für das Protokoll schildert LR Lynack die Begebenheit vor Ort. Der Ministerpräsident hätte im Gespräch gesagt. „Wieviel kostet so etwas wohl, 80. Millionen Euro?“ Daraufhin hätte LR Lynack geäußert: „Geringfügig weniger“. So war die Gegebenheit.

Anschließend äußert sich KTA Dr. Jacobs weiter, dass es trotzdem um ein Thema gehe, welches die Öffentlichkeit interessiert und da es um Millionenbeträge geht, auch den Kreistag interessieren sollte. Über eine solche Investition muss hier gesprochen werden, vor Allem in der aktuellen Haushaltslage.

KTA Preissner zeigt sich überrascht zum Antrag, da er sich auf Vorstellung der Machbarkeitsstudie im Finanzausschuss bezog. Er selbst habe sich hier im Kreistag, zeitgleich wie KTA Koschorrek im Stadtrat Bad Salzdetfurth geäußert, dass es im Aufsichtsrat der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth einen Planungsstand gäbe, der Anfang nächsten Jahres vorgelegt und mit der Politik diskutiert werden soll, wie die Zukunft des Bades aussehen soll. Diese politische Debatte, gemeinsam mit Kreistag und Stadtrat, wird der Aufsichtsrat führen. KTA Preissner weist außerdem darauf hin, dass auf einen FDP/CDU-Antrag das Ergebnis der Machbarkeitsstudie in einer nichtöffentlichen Sitzung beiden Gremien am 11.09.2023 vorgestellt wurde, wofür sich der FDP-Vorsitzende in der Kreistagssitzung am 21.09.2023 ausdrücklich bedankt hätte.

Zum plötzlichen Rückzug des Geschäftsführers äußert er noch, dass auch für diesen die gleichen Arbeitnehmerrechte gelten würden, wie bei allen Anderen und er sein Arbeitsverhältnis jederzeit aufkündigen können. Er persönlich bedaure den Weggang des Geschäftsführers.

Aber im Prozess, in Dialog mit dem Stadtrat Bad Salzdetfurth und dem Kreistag Hildesheim, hofft er, dass vernünftige Ergebnisse für alle erreicht werden können.

TOP 14.1:

Sanierungs- und Finanzbedarf der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion die Unabhängigen vom 08.06.2023

- Antrag 324/XIX

- Gilt als behandelt -

TOP 14.2:

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

- Antrag der Fraktionen FDP und Unabhängige vom 28.06.2023
- Antrag 348/XIX

- Gilt als behandelt -

TOP 15:

Volkshochschule Hildesheim gGmbH

LR Lynack geht von der Zustimmung des Gremiums aus, dass die hierzu bereits vorbereitete Vorlage sowie bzw. auch die Verträge erst in der nächsten Sitzung am 07.12.2023 vorgelegt werden können. In der Sitzung des Finanzausschusses am Montag (27.11.2023) wird die Vorlage erstmalig präsentiert.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

TOP 15.1:

Volkshochschule Hildesheim gGmbH -

Antrag der CDU-Fraktion vom 26.04.2023

- Antrag 310/XIX

- erledigt -

TOP 15.2:

Neuordnung der Volkshochschule Hildesheim gGmbH

- Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 09.08.2023
- Antrag 371/XIX

- erledigt -

TOP 16:

Veränderung der Beteiligung an der GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mbH durch Aufnahme der Gemeinden Hohenhameln und Algermissen als neue Gesellschafterinnen

- Vorlage 554/XIX

Beschluss:

Dem Beitritt der Gemeinden Hohenhameln und Algermissen als neue Gesellschafterinnen der GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mbH wird jeweils gemeinsam, einzeln oder auch nacheinander zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 17:

Bedarfsgerechte und bezahlbare Altenpflegeheime

Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2023

- Antrag 378/XIX

- erledigt -

TOP 17.1:

Bedarfsgerechte und bezahlbare Altenpflegeheime - Beschlussvorschlag

Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2023

- Antrag 435/XIX

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 18:

Tempo 30 km/h

LR Lynack berichtet, dass es im Kreisausschuss bereits eine Abstimmung zu Groß Dünen gab. Schon im Kreisausschuss hätten EKR Frau Wißmann und er bekannt gegeben, dass sie diesen Beschluss nach der aktuellen Rechtslage für rechtswidrig halten. Deshalb wurde dieser Beschluss dem Innenministerium (MI) zur Beanstandung vorgelegt.

Dasselbe wird auch heute erfolgen, obwohl der Mensch Bernd Lynack eine andere Meinung zu diesem Thema habe, als der Landrat Lynack, der für das rechtmäßige Handeln seiner Verwaltung verantwortlich ist. Wenn es die berechtigte Annahme gibt, dass Beschlüsse rechtswidrig sind, habe er dies qua seiner Funktion der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen.

Wie bereits im Kreisausschuss wird er sich bei der Abstimmung enthalten, was er normalerweise nicht tut. Aber in diesem Fall wünscht sich der Mensch Bernd Lynack möglichst sichere Verhältnisse vor sensiblen Einrichtungen (wie Altenpflegeheimen, Kindergärten, Schulen u.ä.) und er würde sich freuen wenn es hierfür eine klare Rechtslage gäbe, um sofort handeln und Tempo 30 vor solchen Einrichtungen einzurichten.

Da es leider keine klare Regelung gibt, er für die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns steht und nicht zuletzt auch aus dienstrechtlichen Gründen sei er verpflichtet auch einen heutigen Beschluss zu beanstanden. Nach mehrfacher juristischer Prüfung, habe er daher keine Wahl als seinem gesetzlichen Auftrag nachzukommen.

Auch vor dem Hintergrund, dass heute öffentlich nachlesbare Meinungen geäußert werden, die schon fast zum Rechtsbruch auffordern, denen er auf keinem Fall nachkommen kann. Sollte die Prüfung durch das MI ergeben, dass wir uns irren, würde sich der Mensch Bernd Lynack sehr freuen.

Weiter berichtet LR Lynack darüber, dass er bereits gestern den Nds. Verkehrsminister Olaf Lies angeschrieben habe. Er habe diesen gebeten sich auf politischer Ebene beim Bund dafür einzusetzen, dass die entsprechenden Änderungen bei der Novellierung der Straßenverkehrsordnung (STVO) erfolgen, um glasklare Regelungen zu bekommen, damit die hiesige Verkehrsbehörde rechtssicher Tempo 30-Zonen vor sensiblen Einrichtungen einrichten kann.

Wenn das derzeit in Berlin zur Novellierung befindliche, so beschlossen wird, bedeutet das noch immer kein Tempo 30.

KTA Frau Renner-Köhne freut sich über den gemeinschaftlichen Beschluss für Groß Dünen. Es wurde Ermessen ausgeübt und nur eine streckenbezogene Maßnahme beschlossen. Sie sieht daher den Beschluss als rechtmäßig an. Genau dies soll auch für Hotteln geschehen, sogar reduziert nur auf die Öffnungszeiten der KiTa. Es bleibt es dem Landrat dabei benommen Ministerien anzuschreiben.

KTA Dr. Jacobs lässt sich zunächst über Formulierungen in der Vorlage Nr. 490/XIX aus. Weiter zitiert aus der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (STVO) zu Zeichen Nr. 74, welche vorsieht, dass vor Kindertagesstätten (KiTa) Tempo 30 anzuordnen, soweit sie über einen direkten Zugang zur Straße verfügen. Für ihn legt die Verwaltung dies so restriktiv aus, dass die KiTa-Tür direkt auf die Straße führen muss.

Es geht hier doch aber um mehr Sicherheit vor Altenpflegeheimen und Kindertageseinrichtungen, daher verstehe er hier das harte juristische Fingerhakeln nicht. Er würde sich freuen, wenn der Mensch Bernd Lynack gewinnen würde.

KTA Hauck rekapituliert, dass es bei dieser länger schwelenden Thematik jetzt einen Konsens zwischen den Fraktionen gäbe. Bisher wurde bei dem Thema immer der Auffassung der Verwaltung gefolgt. Beim Antrag für Hotteln ergab sich, dass im Nachbarlandkreis, in einer ähnlichen Konstellation, eine Tempo 30-Zone eingerichtet wurde. Woraus sich zwangsläufig die Frage ergibt, warum geht das dort und nicht bei uns.

Die jetzt durch den Landrat veranlasste Klärung über das über das Verkehrsministerium (MV) findet er, nicht zuletzt auf die Rechtssicherheit folgender Fälle, gut. Darüber hinaus könne er auch dessen weitere Handlungsweise nachvollziehen.

Abschließend regt er KTA Dr. Jacobs an, seinem Parteikollegen, den Bundesverkehrsminister Volker Wissing, zu kontaktieren, warum diese Regelung so schwammig formuliert wäre.

EKR Frau Wißmann beginnt damit, dass sie und die Verwaltung sich auch über eine Kontaktaufnahme zum Bundesverkehrsminister freuen würden.

Damit hier kein falscher öffentlicher Eindruck entsteht, erinnert sie daran, dass die Verwaltung alle sensiblen Bereiche im Landkreis überprüft habe und dort wo es rechtlich möglich ist, Tempo 30-Zonen eingerichtet habe. Darüber seien die Abgeordneten auch informiert worden.

Anschließend wiederholt sie die Aussage des Landrates, dass die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden wäre, dies wurde im Fachausschuss ausführlich besprochen und jeweils an die zuständigen Ministerien rückgekoppelt, ob die hiesige Rechtsauslegung korrekt wäre.

Zu der Sache im Nachbarkreis seien ihr keine Details bekannt, aber auch dort könnte Recht falsch ausgelegt worden sein. Das andere Behörden etwas anders machen, habe keine Aussagekraft und keine Bindungswirkung. Auch sie würde sich über eine klare gesetzliche Regelung freuen.

Für KTA Stuke geht es bei dem was mit dem Antrag beschlossen werden soll, um Verkehrssicherheit und nicht um Rechtsbruch. Er freue sich über den gemeinschaftlichen Antrag.

Aus seiner Sicht wäre es für die Handelnden in Berlin wichtig, dass solche Anliegen deutlich gemacht und Regelungen entsprechend formuliert werden.

An dieser Stelle weist LR Lynack klarstellend für beide Anträge darauf hin, dass der Kreisausschuss die Entscheidung an sich gezogen und bereits Beschlüsse gefasst hat. Es geht hier heute nur um die offene Debatte in dieser Sache, eine Abstimmung erfolgt aber nicht mehr.

KTA Meyer teilt die Rechtsauffassung der Verwaltung und wenn seine Fraktion im Kreisausschuss Stimmrecht hätte, wären die Anträge von ihm abgelehnt worden.

KTA Prior findet, dass die örtliche Zeitung das Thema heute sehr zutreffen dargestellt hätte. Wir reden hier über die wichtige Regelung, welche Aufgabe wir als Kreistag haben. Der Kreistag sei für die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen verantwortlich und wenn das uns zur Verfügung stehende Ermessen richtig ausgeübt wird, kann kein Gericht der Welt unsere Entscheidung beanstanden. Die Kreisverwaltung hat eine andere Ermessensentscheidung getroffen als wir, was nicht zu beanstanden sei. Jedoch immer wenn etwas von so öffentlicher Bedeutung sei, haben wir darüber zu entscheiden, wie jetzt im Kreisausschuss geschehen. Er wüsste auch nicht, wo wir das Ermessen falsch ausgeübt haben könnten. Weiterhin korrigiert den Landrat, dass es hier um streckenbezogenes Tempo 30 gehen würde, was etwas völlig anderes als eine Tempo 30-Zone wäre.

Auch er begrüßt die Verständigung nach langem Prozess und es wird sich noch zeigen, was das Ministerium dazu sagt.

KTA Schröter-Mallohn äußert, dass es Ziel dieses Gremiums wäre rechtmäßige Entscheidungen zu treffen. Ob dies immer zuträfe, könnte er nicht beurteilen.

Da es in der Bevölkerung einen großen Wunsch nach solchen Zonen gäbe, haben wir dieses Thema aufgegriffen und die Verwaltung hat geprüft. Wir mussten feststellen, dass es keinen signifikanten Anstieg dieser Zonen gab, da die Landkreisverwaltung eine andere Rechtsauffassung hat, die ihm die EKR Frau Wißmann in einem längeren Telefonat, ausführlich erläutert hätte.

Aus seiner Sicht sei es folgerichtig die Anträge hier zu beschließen und damit die Beschlüsse Bestand haben, insbesondere für Folgeentscheidungen, dass MI zu kontaktieren.

TOP 18.1:

Tempo 30 km/h vor der „Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionys“ in Hotteln (Kirchstraße 6, 31157 Sarstedt)

- Vorlage 490/XIX

- erledigt -

TOP 18.2:

Verkehrsrechtliche Anordnungen im Bereich der Gemeinde Holle, Ortschaft Grasdorf - Antrag der CDU-Fraktion vom 31.03.2023

- Antrag 298/XIX

- vertagt -

TOP 18.3:

Tempo 30 km/h vor der "Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionys" in Hotteln

- Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 10.07.2023

- Antrag 357/XIX

- erledigt -

TOP 18.4:

Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der L 410 in Hotteln vor der Kindertagesstätte St. Dionys und dem Kinderspielplatz

- Antrag der CDU-Fraktion vom 10.07.2023

- Antrag 358/XIX

- erledigt -

TOP 18.5:

Änderungsantrag zu 357/XIX - Tempo 30 km/h vor der "Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionys" in Hotteln

Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Unabhängigen vom 04.09.2023

- Antrag 379/XIX

- erledigt -

TOP 18.6:

Tempo 30km/h vor der "Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionysos

- Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 26.09.2023
- Antrag 396/XIX

- erledigt -

TOP 18.7:

Tempo 30km/h vor der "Ev.-luth. Kindertagesstätte St. Dionysos in Hotteln auf der Hottelner Straße (L410)

- Antrag der Gruppe, der CDU, der FDP und der Unabhängigen vom 09.10.2023
- Antrag 401/XIX

- erledigt -

TOP 18.8:

Tempo 30 km/h vor der Kindertagesstätte St. Cosmas und Damian, der Joseph-Müller-Grundschule und der AWO-Tagespflegereinrichtung auf der B243 in Groß Dungen

Antrag der CDU-Fraktion vom 07.09.2023

- Antrag 382/XIX

- erledigt -

TOP 18.9:

Tempo 30 km/h vor der Kindertagesstätte St. Cosmas und Damian auf der B243 Groß Dungen

- Antrag der Gruppe vom 28.09.2023
- Antrag 397/XIX

- erledigt -

TOP 18.10:

Tempo 30 km/h vor der Kindertagesstätte St. Cosmas und Damian, der Joseph-Müller-Grundschule, der Sporthalle Groß Dungen und der AWO-Tagespflegereinrichtung auf der B243 Groß Dungen

- Antrag der Gruppe, der CDU, der FDP und der Unabhängigen vom 09.10.2023
- Antrag 400/XIX

- erledigt -

TOP 19:

Schuleingangsuntersuchung und Auswertung der Fragebögen zur psychosozialen Belastung während der Pandemie

- Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.2023
- Antrag 262/XIX

Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte 19 und 23. Die Redebeiträge, ein Änderungsantrag sowie der Beschluss sind unter TOP 23 protokolliert.

- erledigt -

TOP 20:

Schülerbeförderung und Schienenverkehr durch die sog. Lammetalbahn auf der Regionalbahnlinie RB 79 der DB-Tochter Regionalverkehre Start Deutschland

- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023

- Antrag 380/XIX

- vertagt -

TOP 21:

Schülerbeförderung / 49,-€-Ticket

- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.08.2023

- Antrag 376/XIX

KTA Schiedeck führt für seine Fraktion aus, dass diese im Bereich der Schülerbeförderung Ungerechtigkeiten sieht. Mit dem Deutschlandticket sei jetzt weitere Ungerechtigkeit hinzugekommen. Diejenigen, die an eine RVHI-Linie wohnen, bekommen aus Kostengründen das Deutschlandticket und die anderen Linien, im sog. Freistellungsverkehr, nicht. Hierüber müsste nochmal gesprochen werden, aber aktuell habe seine Fraktion in dieser Sache eine Anfrage beim Kultusministerium (MK) laufen.

Er regt daher einer Vertagung dieses Tagesordnungspunktes bis zu einer Antwort des MK an.

KTA Schröter-Mallohn macht darauf aufmerksam, dass dies ein Haushaltsrelevanter Antrag wäre, der nicht auf diese Tagesordnung gehören würde, sondern vielmehr auf die Tagesordnung des sog. Haushaltskreistages in zwei Wochen.

Da jedoch erst die Antwort des MK abgewartet werden soll, wäre es auch zu früh den Antrag in zwei Wochen auf die Tagesordnung zu setzen.

KTA Prior wiederholt daraufhin die Aussagen von KTA Schiedeck. Er würde jetzt die Reaktion des MK abwarten und kann nicht hervorsehen wann die Antwort kommt. So könne er keine Aussage zu seinem Antrag auf der Tagesordnung des Haushaltskreistages in zwei Wochen treffen.

- Gilt als behandelt -

TOP 21.1:

Änderung der Schülerbeförderungssatzung

Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2023

- Antrag 439/XIX

- vertagt -

TOP 22:

49-Euro-Ticket als Jobticket

- Antrag der Gruppe vom 23.03.2023

- Antrag 290/XIX

- vertagt -

TOP 23:

Schuleingangsuntersuchung und Auswertung der Fragebögen zur psychosozialen Belastung während der Pandemie - Beschlussvorschlag zum TOP 32 der Sitzung des Kreistages am 21.09.2023
Antrag der CDU Fraktion vom 14.09.2023
- Antrag 384/XIX

Der Vors. KTA Ehrig schlägt eine Zusammenlegung der Tagesordnungspunkte 19 und 23 vor, da diese inhaltlich gleich wären.

KTA Prior erklärt sich mit der Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte einverstanden. Vor der Sitzung sei dieses Thema, obwohl es schon einmal beschlossen wurde, besprochen. Es gibt es einen Modifikationswunsch der SPD-Fraktion und er wäre bereit, aus seinem Beschlussvorschlag das Datum zu streichen. Er bittet KTA Frau Flohr den Kompromiss nochmal genauer auszuführen.

KTA Frau Flohr berichtet, dass sich darauf verständigt wurde, aus dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion das Datum herauszunehmen, so dass der Beschlussvorschlag neu wie folgt lauten soll:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Auswertung der Fragebögen zur psychosozialen Belastung während der Pandemie alsbald in Zusammenarbeit mit der Universität Hildesheim durchzuführen. Die Ergebnisse sind dem zuständigen Fachausschuss vorzulegen.

KTA Prior bestätigt, dass seine Fraktion diesem Beschlussvorschlag so zustimmen würde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Auswertung der Fragebögen zur psychosozialen Belastung während der Pandemie alsbald in Zusammenarbeit mit der Universität Hildesheim durchzuführen. Die Ergebnisse sind dem zuständigen Fachausschuss vorzulegen.

- mit Änderungen beschlossen -

TOP 24:

Psychosoziale Unterstützung (PSU) für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Hildesheim - Beschlussvorschlag zum TOP 26 der Sitzung des Kreisausschusses am 18.09.2023 und zum TOP 28 des Kreistages am 21.09.2023
Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2023
- Antrag 386/XIX

- vertagt -

TOP 25:

Altlast auf dem Grundstück der Berufsbildenden Schulen Steuerwald
- Antrag der Gruppe vom 12.06.2023
- Antrag 329/XIX

- vertagt -

TOP 26:

Karbonisierung von Klärschlamm

Antrag der CDU-Fraktion vom 29.03.2023

- Antrag 293/XIX

- vertagt -

TOP 27:

Erfassung und Pflege der Gewässer Dritter Ordnung -

Antrag der CDU-Fraktion v. 13.04.2023

- Antrag 302/XIX

- vertagt -

TOP 28:

Altlast Desdemona, Grundwassersituation/Grundwasseruntersuchung -

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2022

- Antrag 143/XIX

KTA Dr. Bruns stellt den Antrag seiner Fraktion vor. Es geht um die schlechte Grundwasserqualität und das deshalb weitere Proben entnommen werden sollen. Dies wurde durch Beschluss im Kreisausschuss unterbunden. Mit diesem Antrag soll jetzt erreicht werden, dass diese Entscheidung nochmal überdacht wird und doch Grundwasserproben genommen werden. Für die Prüfung der Proben würden jährliche Kosten von 4.000,00 Euro entstehen. Laut Gutachter wären Boden und Grundwasser von schlechter Qualität und der Schutz der Umwelt sei ein wichtiges Thema.

KTA Frau Dr. Weber möchte an dieser Stelle Klarheit in den vorliegenden Antrag bringen, der bereits viermal auf der Tagesordnung des Kreistages war und viermal vertagt wurde. Der Antrag wurde im November 2022 in Zusammenhang mit einer Verwaltungsvorlage behandelt. Damals wurde sich geeinigt, dass der Gutachter weitere Untersuchungen im Frühjahr 2023 durchführen soll. Die Ergebnisse wurden uns im Oktober 2023 vorgestellt. Der anwesende Ingenieur, der selbe wie im Frühjahr 2023, hat uns seinerzeit gesagt, dass die Sanierung des Geländes nicht verhältnismäßig sei. In dieser Sitzung sind wir einstimmig übereingekommen, der Beschlussvorlage der Verwaltung zu folgen und keine weiteren Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen mehr durchzuführen. Der vorliegende Antrag aus dem August 2022 ist inhaltlich komplett überholt, u.a. da alle seine drei Punkte bereits erledigt sind.

Die Umwelt liegt auch der Gruppe am Herzen, aber es liegen längst neue Erkenntnisse vor. Dem Antrag würde daher nicht zugestimmt werden. Außerdem hat der Gutachter bestätigt, dass alle notwendigen Messwerte vorliegen und weitere Messungen nur von wissenschaftlichem Interesse wären.

KTA Prior widerspricht KTA Frau Dr. Weber energisch und nennt das von ihr dargestellte einen Skandal. Zu den Fakten führt er aus, dass sich im Jahr 2017 das Umweltministerium mit dem Investor und dem Landkreis darüber verständigt hat, aufgrund der hohen Belastung mit Bor (zehnfache Grenzwertüberschreitung), diese Liegenschaft zu sanieren, durch die Aufbringung von Abfall. Der Kreistag habe seinerzeit dieser Verfahrensweise nicht zugestimmt.

Nach längerer Zeit wären dann weitere Untersuchungen durch den Landkreis in Auftrag gegeben worden. Diese führten zu den gleichen Werten, empfehlen jedoch keine Sanierung der Altlast mehr. Hierzu wäre es gekommen, weil eine andere Ermessensentscheidung gegeben hat, was bei neuen sachgerechten Gründen auch durchaus möglich wäre.

Es wurde jedoch nie geprüft, von wo der Schadstoff auf das Grundstück einwirkt. Es war somit bei den Gesprächen mit dem Umweltministerium überhaupt nicht klar, wo die Gefahrenquelle liegt. Erst durch die erneute Untersuchung wurde festgestellt, die Quelle liegt auf dem Grundstück. Weitere Messungen würden möglicherweise Veränderungen zeigen, welche für das Ermessen wichtig seien. Da erst dann weiter entschieden werden kann was zu tun ist, insbesondere wasserrechtlich. Es geht hier um das Schutzgut Grundwasser, wie von KTA Dr. Bruns vorgestellt.

Er habe sich deshalb an das Umweltministerium gewandt, da die Ergebnisse über dem Schwellenwert liegen und das Ministerium schon einmal gesagt hat, es muss saniert werden. Sein Kompromiss zum Vorschlag der Verwaltung laute daher, bis zu einer Entscheidung durch das Ministerium weiter Messungen vorzunehmen. Der Antrag erfolgte im Kreisausschuss, da es einen Kreistagsbeschluss gibt, der besagt, dass alle Beschlüsse zur Altlast Desdemona vom Kreisausschuss getroffen werden. Da sein Antrag im Kreisausschuss nicht beschlossen wurde, habe er das Ministerium angeschrieben, dessen Antwort es nun abzuwarten gilt

KTA Frau Lipecki geht auf den Redebeitrag von KTA Prior ein. Sie empfiehlt diesem einen Einblick in das Altlastenkataster des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) zu nehmen, damit er die Anzahl der Altlasten im Landkreis sehen könnte, die auch nicht immer wieder untersucht werden. Die nach Vorgaben des LBEG, den Hessischen Kriterien sowie den Ermessensleitenden Kriterien bei der Bearbeitung altlastbedingter Grundwassergefahren und -schäden (ElKriBaG) durchgeführte Untersuchung sei zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Sanierung notwendig sei. Weitere Messungen ändern das nicht und seien daher unnötig. Zumal sie vom Gutachter nur als wissenschaftlich interessant vorgeschlagen wurden.

KTA Prior stellt abschließend nochmal klar, dass laut Kreistagsbeschluss die Beschlüsse für die Altlast Desdemona nur der Kreisausschuss fasst, was der Kreisausschuss auch diese Woche schon getan hätte. Trotzdem sei der Antrag heute zur Beratung auf der Tagesordnung, was sein gutes Recht wäre, aber es gäbe heute keinen Beschluss.

- erledigt -

TOP 29:

TOP Trichinen-Untersuchungen im Landkreis Hildesheim

Antrag der Gruppe XIX. Wahlperiode vom 08.11.2023

- Antrag 416/XIX

Die EKR Frau Wißmann berichtet, dass dieser Antrag bereits im zuständigen Fachausschuss behandelt wurde. Dort wurde vereinbart, dass sich die Verwaltung mit den Jägern zusammensetzt, was auch bereits in der letzten Woche geschehen sei. Weiter schildert sie einen Kontakt zum LAVES (Nds. Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit). Dort sieht man es in Zeiten der ASP (Afrikanischer Schweinepest) sehr kritisch, dass Wildschweinproben bei Hausschweinschlachtern gesammelt werden.

Das Gespräch mit den Vorsitzenden der beiden Jägerschaften und dem Kreisjägermeister fasst EKR Frau Wißmann dahingehend zusammen, dass sich die Mitglieder der beiden Jägerschaften als ausreichend informiert und geschult sehen und ihnen genug Probenröhrchen zur Verfügung stehen. Die Vertreter der beiden Jägerschaften sehen es jedoch kritisch, dass die weitere Gebührenbefreiung für die Trichinenuntersuchungen, an die ASP-Beprobungen gekoppelt sei, dies sollte überdacht werden.

Die Überlegungen seien inzwischen zu dem Punkt gekommen, dass es noch einen Abgabepunkt im Norden geben sollte. Aktuell wird versucht mit der Tierarztpraxis in Gronau zu verhandeln, ob dort ein zweiter Abgabetag eingerichtet werden kann. Eine weitere noch zu prüfende Idee ist, dass die

Geschäftsstelle der Jägerschaft Hildesheim an ihren 3 Öffnungstagen/Woche Proben annimmt, die dann von hier an die Tierarztpraxen weitertransportiert werden.

Da es auch hier kritisch gesehen wird, dass in Zeiten von ASP möglicherweise gefährdetes Material bei Hausschlachtern abgegeben wird, würde dies nochmal mit dem LAVES abgeklärt werden.

Laut KTA Hauk wurde den Jägerschaften angeboten, dass Probleme jederzeit angesprochen werden können. Da von dort nun Probleme mit den Annahmestellen für die Beprobung gemeldet wurden, wurde der Antrag gestellt, um den Jägerschaften ein Entgegenkommen zu zeigen. Zu den aktuellen Bemühungen einen zweiten Abgabetag in der Tierarztpraxis in Gronau einzurichten merkt er an, dass sich Gronau nicht im Norden sondern eher im Süden des Landkreises befinde und daher weiter nach einer zusätzlichen Annahmestelle im Norden gesucht werden solle.

KTA Frau Lipecki berichtet, dass in beiden Jägerschaften eine große Unzufriedenheit herrsche und in den letzten zwei Jahren des Öfteren gemeldet wurde, dass es keine Annahmestellen gebe oder diese nur stundenweise geöffnet seien, sodass erlegte Wildschweine nicht unmittelbar beprobt werden können. Auch die Gespräche, die hierzu mit der Verwaltung geführt wurden, seien laut den Jägerschaften und dem Kreisjägermeister leider ergebnislos geblieben. Der Handlungsdruck sei daher nicht mehr hinnehmbar gewesen, welches zu diesem Antrag geführt hätte. Sie betont, dass den Jägerschaften eine tragende Rolle zukomme und man im Falle eines Ausbruchs der ASP auf sie angewiesen sei.

Die Beprobung der ASP solle an die Beprobung der Trichinen gekoppelt werden, um einen etwaigen Ausbruch so früh wie möglich erkennen und eindämmen zu können. Man sei außerdem gut beraten die Kosten, welche durch die vielfache Beprobung entstehen, hinzunehmen, da diese im Falle eines ASP-Ausbruches, durch frühzeitig mögliches Eingreifen, ein Vielfaches an Kosten einsparen werden.

EKR Frau Wißmann entgegnet, dass bei dem von ihr in der letzten Woche mit den Vorsitzenden der beiden Jägerschaften und dem Kreisjägermeister geführten Gespräch, dieses kein Thema war. In der Vergangenheit sei eine weitere Annahmestelle für die Beprobung eingerichtet worden, sodass vier Annahmestellen vorhanden seien. Probleme in dieser Form wären aber weder an die Jagdbehörde noch das Veterinäramt herangetragen worden.

Des Weiteren stellt Sie klar, dass nicht die Gebührenbefreiung ein Problem darstelle, sondern lediglich die Kopplung der ASP-Beprobung an die Trichinenuntersuchungen.

KTA Gerhardy erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag grundsätzlich unterstütze und es auch nicht um die Kostenbefreiung gehe. Den Jägern mit denen er gesprochen habe, gehe es in erster Linie um ein besseres und praxisnäheres Prozedere bei der Probenabgabe für die Trichinenuntersuchungen. Er zieht den Landkreis Peine als Beispiel heran, wo es eine Abgabemöglichkeit gebe, welche 7 Tage pro Woche und 24 Stunden am Tag die Proben für die Trichinenuntersuchungen annehme und die Ergebnisse werden am nächsten/übernächsten Tag per E-Mail übersendet. Nach seiner Kenntnis nutzen mittlerweile viele Jäger aus dem Landkreis Hildesheim dieses Angebot im Landkreis Peine, da hier entsprechende Angebote nicht vorhanden seien.

Die Möglichkeit die Proben in den Nachbarlandkreis zu bringen, könne laut KTA Gerhardy der Grund dafür sein, weshalb in letzter Zeit keine Beschwerden der Jägerschaften mehr deutlich wurden. Es solle daher im Landkreis, insbesondere im Nordkreis, eine Annahmemöglichkeit geschaffen werden, welche auf eine ähnliche Art und Weise wie die Annahmestelle im Landkreis Peine arbeitet.

Weiter weist er darauf hin, dass vor Jahren dem Landkreis Hildesheim durch den Landkreis Peine eine Zusammenarbeit angeboten wurde, auf welche anscheinend nicht entsprechend reagiert wurde. Es appelliert daher für eine Kontaktaufnahme zum Landkreis Peine.

EKR Frau Wißmann erwidert, dass dem Landkreis Peine, ebenso wie im Landkreis Gifhorn, ein eigenes Labor zur Verfügung stehe um die Beprobungen durchzuführen. Dies sei im Landkreis Hildesheim nicht der Fall. Des Weiteren stellt Sie klar, dass Sie sich nicht gegen zusätzliche Annahmestellen sperren würde. Es müsse jedoch eine Lösung gefunden werden, welche auch

rechtssicher ist. Falls sich bei der Prüfung ergeben sollte, dass der Weg für die Probenannahme durch Hausschlachtereien doch möglich sei, könne man diese im nördlichen Teil des Landkreises suchen. Sie weist noch einmal darauf hin, dass Ihr ein Hinweis vorliegt, wonach das LAVES die Abgabe von ASP-Proben in Hausschlachtereien kritisch sehe.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis Hildesheim führt Verhandlungen mit möglichen Annahmestellen (z. B. Schlachtereien) im Landkreis Hildesheim, damit diese zukünftig während der Geschäftszeiten Blutproben zur Untersuchung auf die Afrikanische Schweinepest und Proben von Muskelgewebe zur Untersuchung auf Trichinen entgegennehmen. Falls erforderlich, sind vergaberechtliche Vorgaben zu beachten. Die ordnungsgemäße Weiterleitung der Proben an die jeweiligen Untersuchungsstellen ist entsprechend mit zu berücksichtigen. Es sind dazu im Haushalt 2024 Haushaltsmittel i.H.v. 4.000 € einzustellen.
2. Um eine gute Qualität der Proben zu erzielen bietet der Landkreis in Abstimmung mit der Jägerschaft Hildesheim und Alfeld Hilfen in Form von Merkblättern und ggf. Schulungen an.
3. Probenröhrchen für die ASP-Untersuchungen werden jährlich an alle Revierinhabende im Landkreis Hildesheim verschickt. Die Anzahl richtet sich nach den Angaben zum erlegten Schwarzwild. Basis ist dabei der Durchschnitt der letzten 3 Jahre.
4. Die Gebührenbefreiung im Bereich der Trichinenuntersuchung wird auch für das Jahr 2024 fortgesetzt, sofern auch eine Beprobung zur ASP durchgeführt wird.

- einstimmig beschlossen -

TOP 30:

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

TOP 31:

Anfragen

KTA Gerhardy stellt eine Anfrage zu dem seit mehreren Jahren umgesetzten Kindergartenvertrag. Er zitiert aus § 6 des Kindergartenvertrages, wonach die Kostenbeteiligung des Landkreises jährlich ansteigt und mit dem Aufschlag von 18 % ab dem Kindergartenjahr 2022/23 die Endstufe erreicht. Seine Heimatgemeinde (Algermissen) kommt mit diesem Geld nicht aus, um die Aufgabe zu bewältigen und er geht davon aus, dass es auch den anderen Kommunen so geht. Anhand der Gemeinde Algermissen zeigt er auf, dass sich dort allein für die Kosten der Kindergartenbetreuung folgendes konkretes Defizit ergibt:

2,4 Mio. für 2022,
2,9 Mio. für 2023 und
3,4 Mio. für 2024.

Vor dem Hintergrund, dass für das nächste Jahr auch die Kreisumlage steigen soll, fragt sich KTA Gerhardy auch, wie insbesondere kleinere Gemeinden dies bewältigen sollen.

Er richtet sich ferner an die beiden anwesenden Landtagsabgeordneten und möchte wissen, ob etwas gemacht wird, dass die Situation die Kommunen besser wird. Abschließend weist er darauf hin, dass die Ratsmitglieder der Gemeinde Algermissen ihm aufgegeben haben, öffentlich im Kreistag diese Problematik anzusprechen.

KTA Ehrig dankt KTA Gerhardy für seine Ausführungen. Er führt weiter aus, dass die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen seine Anfrage beantworten und hierzu Stellung nehmen wird. Darüber hinaus, fügt KTA Ehrig an, dass über diese Sache sicher auch am Montag im Finanzausschuss (27.11.2023) und im nächsten Kreistag (07.12.2023) gesprochen wird.

- sh. Protokoll -

Datum: 19.02.2024

Ehrig
Vorsitzender

Lynack
Landrat

Reuter
Protokollführung